

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

M 1035 Motion Käch Tobias und Mit. über die Ermöglichung von Stellvertretungslösungen für kommunale Parlamente / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung als Postulat.
Tobias Käch ist damit einverstanden.

Mario Bucher beantragt Ablehnung.

Tobias Käch: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: In der Schweiz wird immer wieder unser Milizsystem gepriesen. Als klassischer Vertreter dieses Systems, als Milizpolitiker und Milizoffizier, darf ich schon lange Teil davon sein. Wenn ich in meiner Schule fehle, muss ich eine Stellvertretung organisieren, die meine Lernenden unterrichtet. Wenn ich in meiner Kompanie fehle, muss mein Stellvertreter diese führen. Wenn ich nun aber im Kommunalparlament als Politiker fehle, bleibt mein Sitz einfach leer. Als langjähriges Mitglied eines Gemeindeparlaments ist es mir wichtig, dass diese Arbeit weiterhin attraktiv und mit dem beruflichen und privaten Leben vereinbar ist. In diesem Vorstoss geht es nicht darum, den Parlamentsgemeinden etwas aufzuzwingen, sondern den Gemeinden eine solche Lösung zu ermöglichen. Aktuell ist beispielsweise in Emmen ein entsprechender Vorstoss hängig. Ich denke, dass sich die Gemeinderätin und Kantonsrätin Ramona Gut heute für die Beantwortung des hängigen Vorstosses inspirieren lässt. Vor einigen Jahren war ein ähnlicher Vorstoss im Grossen Stadtrat von Luzern traktandiert, der aber infolge der fehlenden rechtlichen Grundlagen auf kantonaler Ebene abgelehnt wurde. Um genau diese Grundlagen bitten wir mit diesem Vorstoss. Gerade auf Gemeindeebene beginnt manches politische Engagement, und man kann bürgernah erleben, was politisches Engagement bewirken kann. Leider wird es immer schwieriger, dieses häufig mit nicht so viel Prestige verbundene Amt mit dem Beruf, der Ausbildung oder der Familie zu vereinbaren. Dies soll mit einer Stellvertretungsmöglichkeit verbessert werden. Der Regierungsrat und eine Mehrheit der Mitte-Fraktion wollen den Weg über ein Postulat gehen und zuerst mit den Gemeinden über mögliche Lösungen diskutieren. Das tönt meiner Meinung nach sehr vernünftig und stellt keine Verzögerungstaktik dar. Mir ist es wichtig, dass es am Schluss eine Lösung gibt, die für die Mitglieder der Gemeindeparlamente stimmt. Ich bin mit der Erheblicherklärung als Postulat einverstanden.

Mario Bucher: Ein Berufsschullehrer und die Legislative kann wohl nicht miteinander verglichen werden. Wer sich einsetzt, setzt sich aus. Das bedeutet Verantwortung. Jedem, der sich für einen Posten in einem Parlament zur Wahl stellt, muss das bewusst sein. Die SVP-Fraktion vertritt klar die Haltung, dass Familie und Beruf wichtige Bestandteile unserer

Gesellschaft sind. Doch für die Vereinbarkeit von Parlamentsdiensten und Privatangelegenheiten ist jeder Einzelne selber verantwortlich. Das muss jedem vor dem Antritt zu einer Wahl klar sein. Für ein Amt in ein Parlament gewählt zu werden, bedeutet nicht nur Verantwortung, sondern es ist eine grosse Ehre. Es bedeutet nämlich, dass die gewählte Person das Vertrauen einer Mehrheit der Stimmbürger geniesst. Man wird dem Stimmbürger nicht gerecht, wenn man dieses Vertrauen abgeben will, auch wenn es nur punktuell ist, zumal kommunale Parlamente nicht wie der Kantonsrat zweitägige Sitzungen durchführen, sondern diese meistens einen halben Tag dauern. Wir sehen deshalb nicht ein, warum man sich diese Zeit nicht freihalten kann. Die Termine sind zudem in der Regel lange Zeit im Voraus bekannt. Wenn man solche Stellvertretungsregelungen einführt, besteht zusätzlich die Gefahr, dass man unverantwortlich handelt. Gibt es im Rat ein Thema, das mich nicht interessiert, erfinde ich eine Ausrede und schicke meinen Stellvertreter, oder ich habe einfach generell keine Lust an diesem Tag und schicke meinen Stellvertreter. Gewählt zu sein, ist kein Wunschkonzert, sondern eine bewusste gewählte Verpflichtung. Wir wollen zudem nicht, dass es möglich wird, sich aufgrund von Elternzeit, Ferien, Arbeit oder Familienfeiern seiner selbst gewählten Aufgabe zu entziehen. Wie wir bereits oft erwähnt haben, ist das nicht im Sinn des Stimmbürgers, der diese spezifische Person und nicht irgendeinen Stellvertreter gewählt hat. Wir sind klar der Meinung: Gewählt ist gewählt – mit allen Verantwortlichkeiten, die das mit sich bringt, und das muss mit dem eigenen Einsatz erfüllt werden. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Gian Waldvogel: Die Grüne Fraktion begrüsst das Anliegen von Tobias Käch. Wir können aber auch dem Antrag der Regierung auf Erheblicherklärung als Postulat folgen, denn wir finden es gut, wenn der Dialog mit den Gemeinden gesucht wird. Die grundsätzliche Stossrichtung stimmt für uns und zeugt von einem sinnvollen Umgang mit der Arbeit in Gemeindeparlamenten. Die Aussagen von Mario Bucher bringen uns hingegen keinen Schritt weiter. Wir wählen in den Gemeinden und in unser Parlament nicht nur Personen, sondern auch eine Liste und eine gewisse Haltung. Diese Haltung sollte repräsentiert sein. Die Arbeit in den Gemeindeparlamenten ist ein harter Knochenjob. Die Realität zeigt das auch: In der Stadt Luzern beispielsweise ist seit Beginn der Legislatur die Hälfte der Parlamentarier und Parlamentarierinnen zurückgetreten. Mit ein wenig Pragmatismus könnte man den Gemeindeparlamenten in speziellen Fällen eine Stellvertretungslösung erlauben. Das kann im Falle von kurzfristiger Care-Arbeit oder einem kurzfristigen beruflichen Engagement sein, aber auch bei einem gesundheitlichen Problem. So könnte jeder selber die Verantwortung für eine entsprechende Stellvertretung übernehmen. Zumindest die Grundlagen dazu sollten geprüft und geschaffen werden. Damit erhalten wir unsere Milizkultur aufrecht. Ansonsten finden wir plötzlich keine Personen mehr, die sich für vier Jahre verpflichten wollen. Ermöglichen wir also ein wenig Flexibilität, denn sonst bricht das System plötzlich ganz zusammen, was nicht in unserem Interesse sein kann. Schlussendlich sind wir es, die eine Milizkultur am Leben erhalten und pflegen wollen.

Mario Cozzio: Die Motion findet bei der GLP-Fraktion grossen Anklang. Eine moderne und familienverträgliche Stellvertretungsregelung für Parlamentarier und Parlamentarierinnen garantiert einen legitimeren und nachhaltigeren Parlamentsbetrieb. Schon während der Corona-Zeit haben wir die digitale Teilnahme an den Sessionen für Ausnahmefälle gefordert. Damals fand unser Anliegen kein Gehör. Eine Stellvertretungsregelung geht in die gleiche Richtung. Sie ist Garantin dafür, dass unsere gewählten Parlamente in ihrer Zusammensetzung repräsentative Entscheide für die Bevölkerung fällen können. Wir sind deshalb etwas enttäuscht, dass eine solche Regelung nicht sowohl für die Gemeindeparlamente als auch für den Kantonsrat gefordert wird. Auch wenn wir den Punkt

betreffend Stimmengewicht bei weniger Parlamentsmitgliedern anerkennen, fehlt uns die Stringenz. Nichtsdestotrotz, eine gute Idee bleibt eine gute Idee, auch wenn sie einige Jahre später von anderen Parteien oder Personen eingereicht wird. Die Motorfahrzeugsteuer lässt grüssen. Es zeigt, dass sogar wir Politiker fähig sind, dazuzulernen. In diesem Sinn unterstützen wir die Erheblicherklärung als Postulat, damit wir der Regierung den nötigen Anstoss geben können, mit den Gemeinden in die Diskussion zu treten und den Bedarf abzuklären.

Rolf Born: Würde bringt Bürde. Eine Wahl in einen Einwohnerrat oder Grossen Stadtrat bringt viele positive Erfahrungen und Einblicke in die Verwaltung und in die Politik. Die Gewählten sind aber während dieser Zeit auch gefordert, Familie, Betreuungsarbeiten, Beruf, Freizeit und weitere Engagements unter einen Hut zu bringen. Das ist wirklich nicht immer ganz einfach, wie wir das aus eigener Erfahrung alle wissen. Das Problem, dass nicht immer alle anwesend sein können, ist vielleicht nicht nur eine Frage der Stellvertretung, sondern auch der Attraktivität dieses Mandats. Wir selber können sehr viel dazu beitragen, dass wir vorbildlich agieren und Lust darauf machen, einem Parlament anzugehören, und dass diese Lust so gross ist, dass man nicht fehlen will und sich entsprechend engagiert. Wir respektieren die Sichtweise der Regierung und unterstützen das skizzierte Vorgehen. Wir sind der Meinung, dass diese Thematik mit den Gemeinden zusammen vertieft geprüft werden soll, um eine gute Lösung zu finden. Die FDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Maria Pilotto: Die Diskussion um Stellvertretungslösungen ist in letzter Zeit immer wieder aufgeflammt, und das auf verschiedenen politischen Ebenen. So wurde die Stellvertretungslösung vor Kurzem im Kanton Aargau eingeführt. Das Anliegen ist zudem eng mit der Diskussion um Mutterschutz und Parlamentsarbeit verknüpft, zu dem auf eidgenössischer Ebene endlich einiges im Gang ist. Eine Mehrheit der SP-Fraktion lehnt das Anliegen des Motionärs ab. Stellvertretungen in dieser Offenheit – Mutterschaft, Krankheit, aber auch Weiterbildung, Militär oder Auslandsaufenthalte usw. – schwächen das politische Amt als solches. Eine Minderheit der Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Postulat zu. Die Türen zur Diskussion sollen gegenüber den Gemeinden nicht verschlossen bleiben. Wenn diese die Regelungen anpassen möchten, so sollen sie das auch können.

Daniel Rüttimann: Die grosse Mehrheit der Mitte-Fraktion sieht eine Lösung dieser Sache nicht in Form einer Motion. Inhaltlich und politisch ist die Stellvertretungsfrage jedoch zu prüfen und mit den betreffenden Gemeinden detailliert zu besprechen. So soll aus unserer Sicht das berechtigte Anliegen des Motionärs als Postulat erheblich erklärt werden.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Es wurde mehrfach ausgeführt, dass es in Gemeindeparlamenten, die manchmal andere politische Mehrheiten haben, bei Abstimmungen knapp werden kann und deshalb jede Stimme entscheidend ist. Wir haben in unserer Stellungnahme ausgeführt, dass wir bereit sind, mit den Gemeinden in Kontakt zu treten und mit den Parlamentsgemeinden diese Frage genauer zu klären. Es wurde auch von Flexibilität und der Vereinbarung mit unterschiedlichen Lebensbereichen gesprochen. Das ist richtig, aber es ist auch wichtig zu wissen, dass, wenn wir eine Regelung treffen, diese auch restriktiv ist. Es geht nicht darum, wenn man einmal an einer Parlaments Sitzung fehlt, dass automatisch die Stellvertretung kommt, sondern es braucht gewisse Voraussetzungen. Das Parlamentsmandat bringt gewisse Pflichten mit sich, unter anderem die Teilnahme an den Sitzungen und sich dort einzubringen. Deshalb kann eine solche Stellvertretungsregelung nicht einfach beliebig gehandhabt werden, sondern es braucht gewisse Voraussetzungen. Wir kennen die Bedürfnisse der Parlamentsgemeinden noch nicht, möchten aber einen einheitlichen

Vorschlag ausarbeiten, sofern ein Interesse vorhanden ist. Wir möchten den pragmatischen Weg über ein Postulat gehen. Ich bitte Sie deshalb, der Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

Der Rat erklärt die Motion mit 67 zu 33 Stimmen als Postulat erheblich.